



HANDLUNGSKONZEPT

**PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE
FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG**

FÖRDERPERIODE 2020-2024

HERAUSGEBER:

Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA)
Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.

Projekt: Partnerschaft für Demokratie Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin
Kordinierungs- und Fachstelle

Petersburger Str. 92
10247 Berlin

030/29007153
kuf@via-in-berlin.de



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *Leben!*

Demokratie.
Vielfalt. Respekt.
In Berlin.

be  **Berlin**

Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung



Bezirksamt
Friedrichshain-Kreuzberg

be  **Berlin**



INHALT



VORWORT (S. 6)

EINLEITUNG (S. 8)

AUSGANGSLAGE IM BEZIRK (S. 12)

EIN BEZIRK – ZWEI STADTTEILE (S. 16)

STADTTEILORIENTIERUNG (S. 20)

UNSER HANDLUNGSKONZEPT (S. 22)

ZIELE FÜR DIE FÖRDERPERIODE
2020-2024 (S. 24)

INSTRUMENTE ZUR UMSETZUNG
DER HANDLUNGSSTRATEGIE (S. 30)



VORWORT

Geschlechtersensible Sprache: Alle Texte in dieser Broschüre sind in geschlechtersensibler Sprache verfasst. Wir benutzen das * in Personenbezeichnungen¹, wie beispielsweise hier bei dem Begriff „Unterstützer*innen“. Damit wollen wir alle Gender einbeziehen, also auch Menschen, die sich nicht binär bzw. Gender nonconforming verorten.

Verfasser*innen: Büro der Integrationsbeauftragte des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, und die Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie Friedrichshain-Kreuzberg (VIA e.V.), in Kooperation mit den Mitgliedern des Begleitausschusses:

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB (ADNB)

Bona Peiser: Soziokulturelle Projekträume/Wassertor e.V.

Flüchtlingskirche/Diakonie

GANGWAY e.V.- Team Friedrichshain (Straßensozialarbeit)

Jugendamt/Jugendförderung Friedrichshain-Kreuzberg

Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro (KJBb) Friedrichshain-Kreuzberg/GSJ gGmbH

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant*innen (KUB) e.V.

ReachOut/ARIBA e.V.

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Berlin e.V. (RAA)

Registerstelle Friedrichshain-Kreuzberg

Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) Berlin-Brandenburg e.V.

Nô Lanta Djunto e.V.

Yekmal e.V. (Verein der Eltern aus Kurdistan in Berlin e.V.)

Der Begleitausschuss ist das steuernde Gremium der Partnerschaft für Demokratie, wählt die zu fördernden Projekte aus, reagiert auf aktuelle Entwicklungen und setzt Impulse in den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hinein.

Berlin, September 2019

1 Das * symbolisiert hier die Unendlichkeit/Diversität von Identitäten.

The background of the page is a vibrant yellow color. Overlaid on this background is a complex, repeating pattern of blue lines. These lines form a series of overlapping, concentric circles and arcs that create a three-dimensional, woven effect, reminiscent of a basket weave or a series of interlocking spheres. The pattern is dense and covers the entire page, except for a central white rectangular area.

EINLEITUNG

The background of the entire page is a vibrant yellow color. Overlaid on this are several large, overlapping circular patterns. Each pattern is composed of numerous thin, blue lines that form concentric circles, creating a complex, woven, or 'lattice' effect. These patterns are arranged in a grid-like fashion, with some overlapping the others, creating a sense of depth and movement. The overall aesthetic is modern and geometric.

EINLEITUNG

Friedrichshain-Kreuzberg gehört zu den vielfältigsten Bezirken in Berlin. Dezember 2019 lebten hier 290.386 Menschen von allen fünf Kontinenten, aus über 170 Ländern dieser Welt. Das bedeutet, eine Vielfalt von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, mit verschiedenen Muttersprachen und religiösen Zugehörigkeiten prägen diesen Bezirk.

Friedrichshain-Kreuzberg bekennt sich dazu, ein weltoffener Bezirk zu sein, in dem unterschiedliche Kulturen, Hintergründe und Biographien anerkannt und wertgeschätzt werden. Zur Unterstützung der Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung bedient sich der Bezirk unterschiedlicher Instrumente. Eines davon ist die Registerstelle von Friedrichshain-Kreuzberg. Das Register Friedrichshain-Kreuzberg wurde 2009 in Zusammenarbeit der „Initiative gegen Rechts Friedrichshain“ und „UBI Kliz e.V.“ gegründet. Es handelt sich dabei um eine unabhängige Stelle, die rechtsextremistische, rassistische, antisemitische, LGBTIQ*feindliche¹, rassistische Aktivitäten gegen Roma, Muslime u.a. sowie rechtsmotivierte Vorfälle in unserem Bezirk erfasst. Sie wertet diese Vorfälle halb- und ganzjährig aus und berichtet darüber.

Ein weiteres Instrument ist das Bundesprogramm **„Demokratie leben!“**. Angriffe auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit sind dauerhafte Herausforderungen für die gesamte Gesellschaft. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, die Herausforderungen durch antimuslimischen Rassismus², Rassismus gegen Roma, Rassismus gegen Schwarze Menschen, Ultranationalismus, Diskriminierung gegenüber Menschen, die nicht heteronormativ leben, gewaltbereiter Fundamentalismus und andere Bereiche zeigen die Vielzahl demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene. Um ihnen kraftvoll entgegenzutreten, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Staat und Zivilgesellschaft. Als Partnerschaft für Demokratie Friedrichshain-Kreuzberg richten wir unsere Aufmerksamkeit sowohl auf Rassismus im Alltag als auch auf institutionellen sowie strukturellen Rassismus. Wer Rassismus wirksam bekämpfen will, muss diese beiden Bereiche gleichermaßen zum Thema machen.

Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt uns das Bundesprogramm **„Demokratie leben!“** des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Es werden besonders Projekte gefördert, die sich in der Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und in der Extremismusprävention engagieren. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg setzt, wie fast alle Berliner Bezirke, das Bundesprogramm in Form einer **„Partnerschaft für Demokratie“** um, die durch die externe Koordinierungs- und Fachstelle koordiniert und von einem Begleitausschuss (BGA) aus Mitgliedern verschiedenster Initiativen und Organisationen unterstützt wird. Beim Start des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg im Jahr 2015 wurde auf Erfahrungen und Strukturen aus dem Vorgängerprogramm „Toleranz Fördern – Kompetenz Stärken“ (2011-2014) zurückgegriffen.

Das vorliegende Handlungskonzept für Friedrichshain-Kreuzberg für den Förderzeitraum 2020-2024 ist das Ergebnis eines intensiven Auseinandersetzungsprozesses im Begleitausschuss (BGA) der Partnerschaft für Demokratie. Im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung wird das vorliegende Handlungskonzept im Frühjahr 2020 der Öffentlichkeit im Bezirk präsentiert. Aktuelle Entwicklungen im Bezirk und der Input der Zivilgesellschaft aus den regelmäßig stattfindenden Demokratiekonferenzen werden während der Förderperiode in die Arbeit der Pfd integriert.

1 Im Folgenden werden wir uns in diesem Kontext auf das Konzept des LGBTIQ*- Ansatzes (LGBTQI steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Transsexual, Queer und Intersex Life) beziehen, um auf den Schutz der Menschenrechte all dieser Gruppen in Bezug auf sexuelle Orientierung und Genderidentität zu verweisen.

2 Antimuslimischer Rassismus (auch Islamphobie oder Islamfeindlichkeit genannt) ist eine Form von Rassismus, die sich gegen Menschen richtet, denen eine muslimische Religionszugehörigkeit zugeschrieben wird. Betroffen sind also nicht nur gläubige Muslime, sondern alle, die aufgrund bestimmter äußerlicher Merkmale, ihrer Herkunft oder Kultur für Muslime*Muslima gehalten werden.

Die Entwicklung und Etablierung von Verfahren der demokratischen Beteiligung (inklusive der Entwicklung und Erprobung innovativer Beteiligungsansätze) wird ein weiteres Arbeitsfeld der Partnerschaft für Demokratie sein.

Rassismus im Alltag betrifft in erster Linie das Verhältnis zwischen Weißen³ und Schwarzen/ People of Color⁴. Eine als Weiß konstruierte Person kann nicht von Rassismus betroffen sein, durchaus aber von Diskriminierung. Grundlage des Handlungskonzeptes sind die bekannten Differenzdimensionen wie Religionszugehörigkeit/Weltanschauung, Alter, Geschlecht, Herkunft/Ethnie, „Rasse“⁵, sexuelle Orientierung und Be-Hinderung⁶. Bei der Entwicklung unserer Handlungsziele haben wir hierbei versucht, die Intersektionalität der beschriebenen Kategorien und auftretenden Alltagsdiskriminierungen zu berücksichtigen. Ergänzende Basis dieses Konzeptes sind die internationalen Menschenrechtsverträge der Vereinten Nationen und das Verständnis, dass Menschenrechte nicht nur rechtsverbindliche Vorgaben für staatliches Handeln, sondern auch Maßstab für gesellschaftliches und zwischenmenschliches Handeln sind.

Ausgangspunkt dafür ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948, in der verankert ist, dass alle Menschen kraft ihres Menschenseins die gleichen Rechte und die gleiche Würde haben unabhängig von z. B. Religion, Rasse, Geschlecht, nationaler oder sozialer Herkunft, Alter, sexueller Orientierung, Identität oder Be-Hinderung. Die Menschenrechte werden trotz ihres Bekenntnisses allen Menschen gleiche Rechte und die gleiche Würde zukommen zu lassen, oftmals nicht eingehalten. Staatliche Maßnahmen und Gesetze, die auf Gleichstellung ausgerichtet sind, zeigen die eklatante Schutzlücken auf.

Das Verbot der Diskriminierung ist somit grundlegendes Prinzip der Menschenrechte. Diskriminierung, also die ungerechtfertigte Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund bestimmter, tatsächlicher oder zugeschriebener Eigenschaften, ist darüber hinaus unvereinbar mit einem demokratischen Gemeinwesen, das auf der Gleichheit der Mitglieder beruht.

Zum Schutz vor Diskriminierung bedarf es neben gesetzlichen Regelungen und staatlichen Maßnahmen:

- das Bekenntnis diskriminierungserfahrene Menschen in allen Strukturen zu repräsentieren
- Diskriminierung als Teil von Gesellschaft zu verstehen, wobei das Bekenntnis nicht diskriminieren zu wollen nicht ausreicht
- vor allem eine inhaltliche Vertiefung (Schulungen), die langfristig angelegt ist und Machtkritik als Ausrichtung beinhaltet
- Ansätze, die Teilhabe von insbesondere den vulnerablen Gruppen konkret umsetzen

3 Weißsein als Differenzkonstruktion. Drei Thesen zu Weißsein: Zitat: „Weißsein ist ein Ort, ein Standpunkt, von dem aus Weiße Leute sich selbst, andere und die Gesellschaft betrachten und bestimmen. Ein Ort, der selbst unsichtbar, unbenannt, unmarkiert ist, und dennoch Normen setzt. Ein Ort struktureller Vorteile und Privilegien.“ Wachendorfer, Ursula 2001(Quellenverweis siehe Anhang).

4 People of Color: Person of Color (Plural: People of Color, abgekürzt als PoC) ist ein Begriff für Menschen, die in der Mehrheitsgesellschaft als nicht-weiß angesehen werden und sich wegen ethnischer und/oder rassistischer Zuschreibungen alltäglichen, und anderen Formen des Rassismus ausgesetzt sehen. Die politische Selbstbezeichnung „Person of Color“ können alle annehmen, die negativ von Rassismus betroffen sind. Quelle: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

5 *Rasse* als Differenzkonstruktion: Die Kursivschreibung verweist auf die soziale Konstruiertheit von *Rasse*. Es gibt keine biologischen *Rassen*; deren Konstruktion stammt aus der Aufklärung. „Rassismus begreifen wir als ein geschichtlich eingebundenes System, als Strukturen, die sich in ihren Ausschlusspraxen (Barrieren) zeigen. Es ist zugleich ein eingeschliffenes Wahrnehmungssystem, aus dem sich Haltungen ableiten lassen.“ Eggers 2016. (genauerer Quellenverweis siehe Anhang).

6 Mit der Verwendung dieser Schreibweise soll die strukturelle Diskriminierung und das Hindern an einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Be-Hinderung verdeutlicht werden

The background features a complex, repeating geometric pattern of red and green lines. The lines form a series of interlocking, stepped shapes that create a sense of depth and movement. The overall effect is a vibrant, textured surface.

**AUSGANGS-
LAGE
IM
BEZIRK**

Nach Angaben des Register Friedrichshain-Kreuzberg sind die gemeldeten Vorfälle wiederholt angestiegen (2016: 133, 2018: 243). Wie schon in den Vorjahren wurde am häufigsten Propaganda gemeldet (2016: 54, 2018: 105), die auch als geistige Brandstiftung verstanden wird. Es folgen Beleidigung/Bedrohung/Pöbeleien (2016: 26, 2018: 48) und Angriffe (2016: 38, 2018: 42). Die Motivation der Vorfälle ist überwiegend rassistisch (2016: 47, 2018: 103), gefolgt von Antisemitismus (2016: 34, 2018: 54), rechter Selbstdarstellung (2016: 11, 2018: 27) und LGBTIQ*-Feindlichkeit (2016: 18, 2018: 22). Rassismus gegen Roma wurde erstmalig 2017 mit 11 Vorfällen erfasst (2018: 15). Viele Vorfälle ereigneten sich in S- und U-Bahnen, auf Bahnhöfen, an Haltestellen oder in unmittelbarer Nähe. Betroffen waren 2018 (14 % aller Vorfälle) vor allem die Umsteigebahnhöfe Ostbahnhof, Frankfurter Allee und Kottbusser Tor.

Im ersten Halbjahr 2019 wurden 116 Vorfälle in der Chronik erfasst (Propaganda: 53, Beleidigung/Bedrohung/Pöbeleien: 24, Angriffe: 17). Die Motivation war überwiegend rassistisch (54), LGBTIQ*-Feindlich (22) und antisemitisch (20). 43 Vorfälle ereigneten sich rund um den ÖPNV.

Aus Gesprächen mit Betroffenen und Zeug*innen wird deutlich, dass weiterhin viele Vorfälle unerkannt bleiben. Eine nachträgliche Erfassung in der Chronik ist oft nicht möglich, da die Erinnerungen in den meisten Fällen nicht mehr genau rekonstruierbar sind. Daher kann von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden.

Der Fokus der Partnerschaft für Demokratie liegt stark auf den Schwarzen und People of Color Communitys (vulnerable Gruppen) in unserem Bezirk, die aufgrund von Rassismus dehumanisiert werden, d. h. in ihren Grundrechten zu Gerechtigkeit, Teilhabe und Chance auf Entwicklung im Sinne der Selbstverwirklichung beschnitten werden. 2018 hat der Berliner Senat sich in der Koalitionsvereinbarung dazu verpflichtet, Maßnahmen zur Umsetzung der UN Dekade für People of African Descent in Berlin durchzuführen. Darüber hinaus hat er einen Beschluss zur Umsetzung dieser Internationalen Dekade verabschiedet.¹ Daraus folgte ein Konsultationsprozess, der federführend von der Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung mit der Zivilgesellschaft initiiert und im Dezember 2018 beendet wurde.² Konsultative Prozesse betrachten wir als demokratische Innovation, die die Zivilgesellschaft stärken, und aus der weitere Projekte und Handlungsempfehlungen resultieren.

Rechtsextreme Anschläge und Gewalttaten sind in unserem südlichen Nachbarbezirk Neukölln eine große Bedrohung geworden. Es besteht die Gefahr, dass auch unser Bezirk stärker betroffen sein wird. 2018 zog der rechtsextreme „Rudolf Heß“ Marsch durch Friedrichshain. Auch zukünftig ist zu erwarten, dass Rechtsextreme in unserem Bezirk aufmarschieren wollen. Dagegen wird sich die Partnerschaft für Demokratie aktiv stark machen.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien konnten in einzelnen Wahlbezirken in Friedrichshain einen Stimmenanteil von mehr als 30 % erzielen, auch wenn bezirkswweit solche Gruppierungen vergleichsweise schlecht abgeschnitten haben. Da rechtspopulistische Parteien zu einem diskriminierenden, rassistischen sozialen Klima beitragen und Rechtsextremist*innen durch Wahlerfolge rechter Parteien zum Handeln motiviert werden, engagieren wir uns als Partnerschaft für Demokratie verstärkt gegen Rechtspopulismus.

1 (db18/0966) [https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/IIIPlen/vorgang/d18-0966.pdf]

2 Auma, Maureen Maisha; Kinder, Katja und Piesche, Peggy (2019): Abschlussbericht des Berliner Konsultationsprozesses 2018 „Die Sichtbarmachung der Diskriminierung und der sozialen Resilienz Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin“. In: Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (Hrsg.), Schriften der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, Berlin, Juli 2019.

Friedrichshain-Kreuzberg ist nach wie vor ein wichtiger Anlaufort für Geflüchtete verschiedenster Nationen. Für all diese Personengruppen gelten unterschiedliche Rechtsvorschriften und Möglichkeiten einer sozialen und strukturellen Integration in die deutsche Gesellschaft. Viele von ihnen haben zu geringe Kenntnisse über ihren rechtlichen Status, mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, Arbeitsverbot bzw. Arbeitslosigkeit durch fehlende schulische oder berufliche Qualifikationen oder durch fehlende Anerkennung der Qualifikation der im Ausland erworbenen Ausbildungen. Es bestehen hohe Schwellenängste gegenüber Behörden, wenig Zugang zur Aufnahmegesellschaft oder Austausch mit dieser sowie Unkenntnis über vorhandene Hilfsangebote. Mit Hilfe von geförderten Projekten sollen Geflüchtete im Bezirk noch stärker sozial integriert, ihre Teilhabe gefördert werden.

In Berlin leben zahlreiche Menschen ohne einen gültigen Aufenthaltstatus, man spricht auch von Menschen „sans papiers“. Wie viele Personen konkret betroffen sind, ist nicht bekannt. Hintergrund ist häufig das bestehende Aufenthalts- und Asylrecht, das tausenden von Menschen einen langfristig gesicherten Aufenthaltsstatus sowie eine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt. Menschen mit prekärer Aufenthaltsstatus leben aus Furcht vor der eigenen Abschiebung in existenzieller Angst vor Polizei, Verwaltung und Behörden. Der dringend notwendige Arztbesuch, der Schulbesuch, eine Berufsausbildung, die Anmeldung eines Arbeitsverhältnisses, der Bezug von lebensnotwendigen Leistungen oder die Hilfe als Opfer von Straftaten bleiben ihnen oft verwehrt. Dadurch sind sie besonders von Diskriminierungen, Rassismus und Ausbeutung in allen Lebensbereichen ausgesetzt und können sich selbst nicht wirklich schützen. Viele von ihnen leben seit Jahrzehnten in Berlin, gelten aber nach der EU-Richtlinie als besonders schutzbedürftige Flüchtlinge. Dadurch besteht nicht nur eine moralisch-menschliche, sondern auch eine rechtliche Verpflichtung sich mit den Betroffenen auseinanderzusetzen. Aus diesem Grund möchte die PFD Friedrichshain-Kreuzberg auf die prekäre Lebenssituation von Menschen ohne Papiere aufmerksam machen und im Rahmen der neuen Förderperiode Schutzräume im Bezirk entwickeln und Netzwerke zur Stärkung von betroffenen Personen aufbauen, um sie somit vor rassistischen und diskriminierenden Vorfällen zu schützen und sie an den grundlegenden Menschenrechten teilhaben zu lassen.

Die Zahl antisemitischer Vorfälle in Berlin ist deutlich auf mehr als 1000 gestiegen. Die Ausdrucksformen verrohen, die Zahl körperlicher Attacken nimmt zu. Es sind insgesamt 1083 antisemitische Vorfälle erfasst worden. 14 % mehr als 2017. Die meisten Vorfälle, insgesamt 146, ereigneten sich in Mitte. Es folgen Charlottenburg-Wilmersdorf (80), Friedrichshain-Kreuzberg (65) und Neukölln (56). RIAS nennt zudem 578 antisemitische Online-Vorfälle. Für 2018 meldete Berlins Polizei 324 politisch motivierte Delikte mit antisemitischer Motivation. Die meisten Fälle - 253 - werden rechten Tätern zugeordnet.

Die PFD Friedrichshain-Kreuzberg verurteilt jede Form des Antisemitismus. Im Rahmen der neuen Förderperiode wird in Zusammenarbeit mit Fachkräften der außerschulischen Jugendarbeit eine historisch-politische Bildungsarbeit zum Holocaust im Bezirk in Kooperation mit dem jüdischen Museum entwickelt. Das Ziel ist eine gemeinsame Veranstaltung.

Ebenso ist für viele Personen und Familien aus der in sich heterogenen Roma-Community, die oftmals mit hohen diskriminierenden Barrieren konfrontiert ist, der Zugang zu einem sicheren Wohnverhältnis, zu den Regelsystemen (wie beispielsweise dem Jobcenter, Amt für Soziales etc.) sowie zu Angeboten der frühen Bildung oftmals versperrt. Von Seiten der Bevölkerung im Bezirk wie von den Mitarbeitenden auf der bezirklichen Ebene besteht teils massiver Rassismus gegen Roma, wodurch der Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen (Kita, Schule,

Arbeitsmarkt, Sozialraum etc.) versperrt bleibt. Wenn prekäre Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit und andere Armutserscheinungen in der Öffentlichkeit sichtbar werden, dann werden sie aufgrund des tief in der Gesellschaft verankerten Rassismus gegen Roma häufig als „Roma-Probleme“ und nicht im Kontext von Rassismus und der Überlappung mit sozio-ökonomischer Ausgrenzung verkannt.

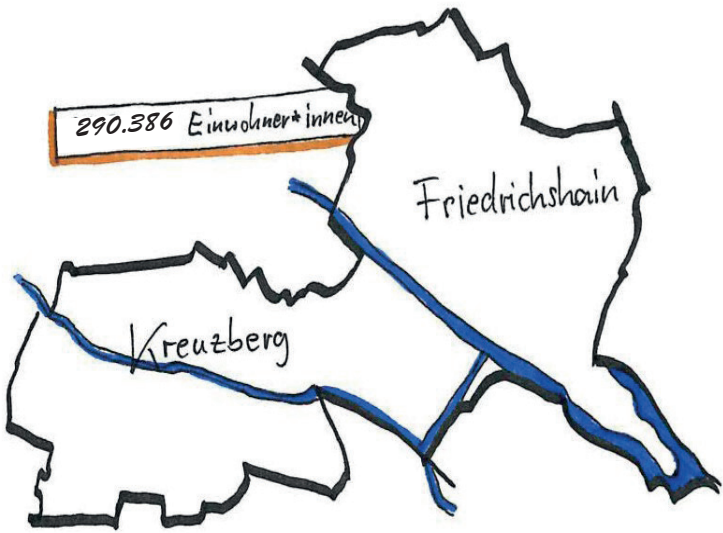
Es sind im Fördergebiet alle Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in unterschiedlich starker Ausprägung anzutreffen. Dazu zählen vor allem Rassismus, aber auch LGBTIQ*feindliches und Be-Hindertenfeindliches Verhalten, antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus und Rassismus gegen Roma, Rassismus gegen Schwarze Menschen sowie Rassismus gegenüber Menschen of Color.

Um die Partnerschaft für Demokratie zivilgesellschaftlich breiter zu verankern ist es uns wichtig, auch Kooperationen mit Senior*innen, Engagierten aus der vietnamesischsprachigen Community, mit Menschen mit Be-Hinderungen sowie Menschen ohne legalen Aufenthaltstitel einzugehen.



**EIN
BEZIRK**

**ZWEI
STADTTEILE
ΣΤΑΔΤΤΕΙΓΕ
ΣΜΕΙ**



290.386 Einwohner*innen

Friedrichshain

Kreuzberg

Der **Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg** besteht bei vielen Gemeinsamkeiten aus zwei sehr unterschiedlichen Stadtteilen. Friedrichshain und Kreuzberg haben, nicht zuletzt durch die Teilung der Stadt, eine sehr unterschiedliche Entwicklung genommen und noch heute sind die Unterschiede deutlich sicht- und erfahrbar. Daraus resultieren unterschiedliche Bedarfe bei den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.

Die Bevölkerungsstruktur in **Friedrichshain** und **Kreuzberg** unterscheidet sich deutlich. In Friedrichshain lebt noch ein hoher Anteil älterer Menschen, die schon zu DDR Zeiten hier lebten. Die Hausbesetzer*innenszene hat sich zum Teil „etabliert“, zugezogen sind zahlreiche jüngere Menschen aus Spanien und Italien. Auch für Familien sind einige Kieze sehr attraktiv und es wurden mehrere neue Wohnanlagen mit „gehobenem Standard“ errichtet. Gentrifizierung ist ein großes Thema in Friedrichshain, zahlreiche kleine, dezentrale Initiativen haben sich gebildet. Verdrängungsprozesse haben in den letzten Jahren (in Friedrichshain stärker als in Kreuzberg) stattgefunden was zu einer deutlichen Veränderung in der Bevölkerungsstruktur geführt hat. In Kreuzberg haben viele Menschen aus anderen Ländern ein neues Zuhause. Viele Arbeitsmigrant*innen der ersten Generation haben in dem ehemals heruntergekommenen Bezirk neben Student*innen und Menschen aus alternativen Zusammenhängen Wohnungen gefunden. Auch als Geschäftsleute prägen sie das Stadtbild. Gentrifizierung schlägt auch in Kreuzberg zu: starke Initiativen wie jene Rund um den Kotti können eine beachtliche Zahl von Menschen mobilisieren. Die Entwicklungen in und um den Görlitzer Park stellen nach wie vor eine große Herausforderung dar, auch wenn hier beachtliche Fortschritte erreicht wurden. Das Zusammenleben von „jungen, hippen Familien“ mit „illegalisierten, arbeitslosen Geflüchteten“ ist ein zentrales Thema im Kiez. Beiden Stadtteilen ist gemein, dass finanziell schwache oder/und als „nicht deutsch“ gelesene Menschen grundsätzlich keine realen Chance auf dem Wohnungsmarkt haben.

Die öffentliche Wahrnehmung von Friedrichshain ist zum Teil von der ehemaligen Hausbesetzer*innenszene der Rigaer Straße geprägt. Im Alltag der Menschen in diesem Kiez stellt sich die Rigaer Straße als bunt, rebellisch und friedfertig dar. Lediglich punktuelle Auseinandersetzungen mit provozierenden Neonazigruppen oder polizeiliche Maßnahmen erzeugen hier Aufregung. Kreuzberg wird oft als „der Multikulti-Kiez“ angesehen. Der Kotti als das gefühlte Zentrum von Kreuzberg ist geprägt von verschiedenen Szenen: Tourist*innen und drogenabhängige Menschen begegnen sich hier im öffentlichen Raum, wie auch Menschen aus verschiedenen, zum Teil verfeindeten Einwanderungsgruppen. Verbunden werden die beiden Stadtteile von drei Brücken, von denen die Oberbaumbrücke die zentrale, den Bezirk symbolisierende ist.

Die Zivilgesellschaft in Kreuzberg wird lebendiger, lauter und engagierter wahrgenommen, als dies in Friedrichshain der Fall ist. Die Zivilgesellschaft in Friedrichshain bzw. in Kreuzberg hat eine zum Teil sehr unterschiedliche Geschichte und hat sich deshalb auch recht unterschiedlich ausgeprägt. In Kreuzberg haben zahlreiche Vereine und Initiativen zu Zeiten, als die Mieten noch erschwinglich waren, eigene Räumlichkeiten bezogen. In Friedrichshain hingegen gibt es deutlich weniger Vereinsräume. Viele Initiativen sind ständig auf der Suche nach Treffmöglichkeiten. Während Kreuzberg von zahlreichen Migrant*innenorganisationen mitgestaltet wird, sind Migrant*innen in Friedrichshain fast ausschließlich als Geschäftsinhaber*innen aktiv. Viele NGO's haben in Kreuzberg ihren Sitz, da sich hier aus der alternativen Lebenskultur der 1970er und 1980er Jahre heraus sozial engagierte Vereine gegründet hatten. In Kreuzberg finden engagierte Menschen zahlreiche Anlaufstellen und Netzwerke, die sehr engagiert das Zusammenleben im Stadtteil prägen. In Friedrichshain gibt es deutlich weniger Netzwerke und zentrale „Knotenpunkte“ der Zivilgesellschaft.

Eine Vielzahl religiöser Gemeinschaften spielt in Kreuzberg eine viel größere Rolle als in Friedrichshain. Moscheen, Kirchen, Synagogen sind neben anderen Religionsgemeinschaften in Kreuzberg präsent und bringen sich zum Teil aktiv in die Stadtgesellschaft ein. In Friedrichshain spielen religiöse Gemeinschaften nur vereinzelt eine relevantere Rolle.

Militanter Rechtsextremismus ist in Kreuzberg kein herausragendes Thema. Der Nachbarbezirk Neukölln ist zwar von rechtsextremer Gewalt stark betroffen, die „Stadtteilgrenze“ wurde hier aber noch nicht überschritten. Friedrichshain (und Lichtenberg) hingegen hatte im August 2018 einen Naziaufmarsch von bis zu 750 uniformierten Neonazis hinzunehmen, die dem Hitlerstellvertreter Rudolf Heß mit einem „Gedenkmarsch“ (mit einem Heß-Zitat auf dem Frontbanner) öffentlich huldigten. Das Klinikum am Friedrichshain war zur Zeit des deutschen Faschismus nach dem SA-Mann „Horst Wessel“ benannt, was für die Neonaziszene ein relevanter, neuer Bezugsort werden könnte (nachdem zivilgesellschaftlicher Protest ihren Aufmarschort in Spandau verunmöglicht hatte). Um eine Wiederholung eines solchen Aufmarsches in Friedrichshain und Lichtenberg zu verhindern, hat sich ein (bezirksübergreifendes) Bündnis gebildet, das von den Koordinierungs- und Fachstellen Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg initiiert wurde.



**STADT-
TEIL
ORIEN-
TIERUNG**

Um den unterschiedlichen Bedarfen beider Stadtteile UND dem Ziel bezirksrelevanter Aktivitäten näher zu kommen, wird die Partnerschaft für Demokratie Friedrichshain-Kreuzberg sich bei der vor-Ort-Arbeit mehr an den spezifischen Vorbedingungen orientieren, in der bezirksweiten Arbeit (Demokratiewerkstätten, Zentrum für Demokratie und Bürger*innenbeteiligung) zugleich noch mehr auf die verbindenden Themen eingehen.

Für Friedrichshain besteht ein großer Bedarf nach Räumen, in denen sich Initiativen und Vereine treffen können. Viele kleine Initiativen haben einen erhöhten Beratungsbedarf, wenn es um die Konzipierung/Umsetzung kleinerer Projekte, Finanzierungsmöglichkeiten oder Handlungsstrategien geht. Die Partnerschaft für Demokratie verfügt hier über viel Erfahrung und wird diese beratend stärker anbieten.

Die Partnerschaft für Demokratie Friedrichshain-Kreuzberg ist (direkt oder über die Mitglieder des BGA) eingebunden in ein Netz zahlreicher Kooperationspartner*innen wie Stadtteiltreffs, Mehrgenerationenhäuser (MGHs), Quartiersmanagements (QMs), verschiedenen Sozialraum-AGs und weiteren Institutionen. Von diesen Kooperationen und dem Engagement anderer Träger (bspw. in den Bereichen extremer Fundamentalismus oder Antisemitismus) profitiert der gesamte Bezirk.

Es wird angestrebt, ab dem Jahr 2022 zwei Partnerschaften für Demokratie zu installieren: eine für Friedrichshain und eine für Kreuzberg. Damit sollen die Bedarfe in den Stadtteilen UND die bezirksweiten Themen stärker bearbeitet werden.

Gründung einer Vernetzung für Demokratie Friedrichshain – Kreuzberg

Die Stärkung einer demokratischen Diskurskultur hat für uns einen hohen Stellenwert. In Fortbildungen qualifizieren und empoweren wir Akteur*innen, die sich im Sinne des vorliegenden Handlungskonzeptes für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einsetzen. In eigenen Publikationen greift die Vernetzung für Demokratie nach Möglichkeit aktuelle Entwicklungen auf, informiert über Beratungs- und Unterstützungsangebote und kann Handlungsstrategien vorschlagen. In Form von Pressemitteilungen bezieht die Vernetzung für Demokratie Position zu aktuellen Entwicklungen und Vorfällen.



HANDLUNGS- KONZEPT

Aufgrund der beschriebenen Ausgangssituation im Bezirk wurden fünf Schwerpunkte des **Handlungskonzepts** für den Zeitraum 2020-2024 definiert:

Schwerpunkt 1:

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie Antisemitismus, Rassismus gegen Roma, antimuslimischer Rassismus, LGBTQ*- und be-Hinderten*feindliches Verhalten und Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen und People of Color, sichtbar machen und dieser im Dialog entgegenreten.

Schwerpunkt 2:

Rassismus im Alltag und Diskriminierung auf struktureller Ebene, wie bspw. in Schulen und öffentlicher Verwaltung, entgegenstellen und abbauen.

Schwerpunkt 3:

Durch die Unterstützung von Empowermentangeboten und –projekten werden Menschen und Gruppen gestärkt, die nicht gleichberechtigt an gesellschaftlichen Diskursen teilnehmen können.

Schwerpunkt 4:

Soziale und politische Beteiligung und Austausch einzelner Communities (insbesondere von Geflüchteten und Roma) mit anderen Teilen der Gesellschaft im Bezirk, als auch untereinander, festigen und vertiefen.¹

Schwerpunkt 5:

Demokratie fördern und die Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft gestalten. Einrichtung einer Vernetzung für Demokratie im Bezirk.

Diese fünf Schwerpunkte sind nicht aufgrund ihrer hier aufgelisteten Reihenfolge priorisiert, sondern werden gleichwertig behandelt. In den fünf Jahren Laufzeit der Partnerschaft für Demokratie können die Schwerpunkte unterschiedlich intensiv verfolgt werden.

¹ Der Verweis auf die spezifische Gruppe der Geflüchteten und der Roma stellt keinen inhaltlichen Zusammenhang oder eine Gleichstellung dar, sondern soll den speziellen Bedarf an sozialer Beteiligung und Austausch dieser beiden Gruppen im Bezirk hervorheben.



**ZIELE
FÜR DIE
FÖRDER-
PERIODE
2020-2024**

Im Folgenden werden unser Leitziel und die daraus resultierenden Mittlerziele vorgestellt, die den Bezugsrahmen für die Angebote und Projekte der Partnerschaft für Demokratie definieren und ein ergebnisorientiertes Handeln sicherstellen. Darauf aufbauend wurden entsprechende Handlungsziele entwickelt, die eine passgenaue Handlungsstrategie für die praktische Umsetzung formulieren.

Leitziel

Wir setzen uns dafür ein, dass die Vielfalt und Würde aller Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg gleichermaßen geschätzt, gemeinsam gelebt und gestärkt wird.

Wir unterstützen Menschen und Initiativen, die sich für ein demokratisches Zusammenleben, frei von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit, engagieren.

Wir etablieren und fördern entsprechende Orte und Dialoge.

Bei den Handlungszielen, die sowohl die Sensibilisierung von wenig diskriminierungserfahrenen Menschen im Fokus hat als auch Empowerment für diskriminierungserfahrene Menschen, ist die Vermittlung von Kenntnissen zentral. Es ist uns wichtig, dass die Zielgruppen einbezogen werden, die bisher wenig oder gar keine (pädagogischen) Angebote zu den benannten Themenfeldern wahrgenommen haben. Hierzu kooperieren wir mit anderen Akteur*innen aus dem Bereich Antidiskriminierung (bspw. der Landes Antidiskriminierungsstelle LADS). Dies soll durch eine offene und kritikfreie Ansprache der Zielgruppen (z. B. in Behörden und Schulen) erreicht werden, die die Unterstützung und Optimierung ihrer Arbeit und nicht ihren Bedarf aufgrund diskriminierenden Verhaltens in den Vordergrund stellt.

Ziel 1: Sensibilisierung für das Auftreten von Rassismus und Diskriminierung im Alltag

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Als Partnerschaft für Demokratie wollen wir diese in der Öffentlichkeit thematisieren. Zugleich werden verschiedene Formen von Diskriminierung/Rassismus im Alltag innerhalb bestehender Strukturen und Institutionen (Schule, Verwaltung, Polizei...) thematisiert und Gegenstrategien entwickelt.

Handlungsziel 1: Erstellung einer Broschüre, die sich an Lehrer*innen richtet und soll Rassismus im Kontext von Schule aufgreifen und verschiedene Handlungsstrategien sowie Unterstützungsangebote aufzeigen. (2020)

Handlungsziel 2: Eine Fachveranstaltung für Schulpersonal zum Thema Rassismus im Alltag soll sowohl sensibilisieren als auch Handlungsstrategien und Beratungsangebote vermitteln. (2021)

Handlungsziel 3: Rassismuserfahrene sollen die Möglichkeit erhalten, mit ihrer eigenen Perspektive zu Wort zu kommen. Das kann in Form von Radiobeiträgen, Publikationen, Plakaten, Podcasts o. ä. stattfinden. (2020 – 2024)

Ziel 2: Empowerment-Projekte realisieren und Beteiligung verwirklichen

Mit Empowermentangeboten und –projekten werden Menschen und Gruppen gestärkt, die aufgrund von Rassismus oder Diskriminierung nicht gleichberechtigt an gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen oder diese mitgestalten können.

Handlungsziel 1: Durchführung einer Fachveranstaltung für Multiplikator*innen über die Möglichkeiten Schwarze und PoC Kinder zu empowern. (2020)

Handlungsziel 2: Eine Handreichung verfassen, die u. a. aus einer Fachveranstaltung für Eltern, Sozialarbeiter*innen, Lehrer*innen, Berater*innen entsteht. 2021

Ziel 3: Entwicklung einer bezirklichen Strategie gegen Antisemitismus

Handlungsziel 1: Opferschutz und Prävention: Personen, die von Antisemitismus betroffen sind, sollen stärker Unterstützung durch Angebote der Opfer- und Antidiskriminierungsberatung erhalten. Hierzu wird eine Übersichtsbroschüre zu Beratungsangeboten im Bezirk und berlinweit erstellt und im Bezirk verteilt (2020)

Handlungsziel 2: Verstärkte Sensibilisierung für die Meldungen von antisemitischer Vorfälle an die Registerstelle Friedrichshain-Kreuzberg durch Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Registerstelle. (2020-2024)

Handlungsziel 3: Ab 2020 werden verstärkt Projekte gefördert, die sich mit dem Thema Antisemitismus und dessen Erscheinungsformen auseinandersetzen. Hierfür wird es Anfang des Jahres eine Ausschreibung für die Öffentlichkeit geben (finanziert durch den Aktions- und Initiativfonds).

Handlungsziel 4: Unterstützung bei der Entwicklung eines Konzepts einer Wanderausstellung zum Thema „Jüdisches Leben heute“. Es ist geplant, 2020 Vorgespräche mit möglichen Kooperationspartner*innen hierzu zu führen. Eine Ausschreibung für die Umsetzung einer Wanderausstellung folgt 2021.

Ziel 4: Nachbar*innendialoge: Vielfalt gestalten & demokratischen Diskurs stärken

Als Partnerschaft für Demokratie unterstützen bzw. initiieren wir Dialogrunden in verschiedenen Kiezen. Niedrigschwellig sollen hier Themenbereiche wie Antisemitismus, Rassismus und (religiöse) Radikalisierung thematisiert werden. Neben der Sensibilisierung für diese Themen steht die Information über Unterstützungs- und Beratungsangebote im Vordergrund.

Handlungsziel 1: In Zusammenarbeit mit einzelnen Quartiersmanagements (QMs), Mehrgenerationen- oder Nachbarschaftshäusern wird in jedem Förderjahr ein thematischer Dialogtisch durchgeführt. (2020-2024)

Ziel 5: Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement

Handlungsziel 1: Die PfD gibt eine eigene Handreichung zur Stärkung von solidarischem Verhalten heraus. (2020)

Handlungsziel 2: Entwicklung von Netzwerken zur Stärkung von Menschen ohne Papiere. (2020-2024)

Handlungsziel 3: Entwicklung von Schutzräumen für Menschen ohne Papiere, z. B. Aufruf an alle Werbetreibenden sich zu beteiligen, um bei konkreten rassistischen Vorfällen Betroffenen in ihren Räumlichkeiten vor Ort Schutz anzubieten. Der Hinweis dazu könnte durch einen Aufkleber am Eingang der jeweiligen Läden gekennzeichnet werden. (2020-2024)

Ziel 6: Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen des Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Als Partnerschaft für Demokratie Friedrichshain-Kreuzberg fördern wir mit unserem Jugendfonds Kinder und Jugendliche, die sich partizipativ im Sinne des Handlungskonzeptes engagieren. Uns ist wichtig Kindern und Jugendlichen Unterstützung zukommen zu lassen, die sich kritisch bzw. im Sinne des Empowerment mit Rassismus und Diskriminierung auseinandersetzen. Grundsätzlich unterstützen, beraten und fördern wir Kinder und Jugendliche, die sich auf demokratischem Weg organisieren und engagieren wollen, in Kooperation mit bestehenden Organisationen wie dem Kinder und Jugendbeteiligungsbüro.

Handlungsziel 1: Wir fördern Kinder bzw. Jugendliche und deren Vernetzung, die sich für mehr Beteiligung einsetzen und politisch „einmischen“ wollen. (2020-2024)

Handlungsziel 2: Wir fördern Kinder bzw. Jugendliche, die sich kritisch mit Formen von Diskriminierung auseinandersetzen und dabei auf die verschiedenen Perspektiven von Diskriminierung eingehen wollen. (2020-2024)

Handlungsziel 3: Wir unterstützen Schwarze bzw. POC Kinder und Jugendliche, die im Sinne des Empowerment um Selbstorganisation bemüht sind. (2020-2024)

Ziel 7: Vernetzung für Demokratie

Die Vernetzung für Demokratie Friedrichshain – Kreuzberg setzt sich aktiv für ein demokratisches, diskriminierungsfreies und vorurteilsbewusstes Miteinander ein, wie es u. a. im Handlungskonzept der Partnerschaft für Demokratie Friedrichshain – Kreuzberg formuliert ist.

Handlungsziel 1: Sie verbindet und koordiniert Beratungsangebote und demokratiestärkende Aktivitäten. (2021)

Handlungsziel 2: Mit den Aktivitäten der Vernetzung für Demokratie werden wir die verschiedenen Akteur*innen vor Ort unterstützen und ergänzende Angebote (bspw. Fortbildungen) initiieren bzw. darüber informieren. (2021)

Handlungsziel 3: Die Vernetzung für Demokratie versteht sich als ergänzender und koordinierender Teil der schon bestehenden Netzwerke zur Demokratieförderung. Innovative Formen der Beteiligung sollen in enger Abstimmung mit dem Bezirksamt erprobt werden. (2022)



INSTRUMENTE ZUR UMSETZUNG



DER HANDLUNGS- STRATEGIE

Zentrale Zielgruppen

Zu den zentralen Zielgruppen unserer Partnerschaft für Demokratie gehören Jugendliche, insbesondere sozial benachteiligte Jugendliche; alle erwachsene Bewohner*innen des Bezirks, die von Diskriminierung betroffen sind, wie z. B. Muslim*innen, Asylsuchende und Menschen mit Fluchtgeschichte sowie Roma, Schwarze, People of Color, Menschen mit zugeschriebener be-Hinderung, Menschen aus der LGBTQI*Community und jüdische Menschen.

Darüber hinaus möchten wir mit unseren Handlungszielen und den daraus resultierenden Angeboten Multiplikator*innen aus Schule, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit sowie engagierte Akteur*innen aus Vereinen, Initiativen und Trägern, Vertreter*innen der Bezirksverwaltung sowie Vertreter*innen von bezirklichen Gremien, Ausschüssen und politisch einflussreiche Akteure erreichen.

Aktions- und Initiativfonds

Es wird ein Aktions- und Initiativfonds aufgelegt, der es Initiativen, Trägern und engagierten Gruppen ermöglicht, Einzelprojekte gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung sowie LGBTQI*- und be-Hindertenfeindliches Verhalten umzusetzen. Der Aktions- und Initiativfonds schüttet sowohl eine offene, als auch eine thematische Förderung aus, sodass einerseits gezielt Handlungsziele dieses Konzeptes über Mini-Projekte gefördert werden können, andererseits auch Initiativen und Selbstorganisationen eigene Projektideen zu den Schwerpunkten des Bundesprogramms einreichen können. Bei der Auswahl der Einzelprojekte durch den Begleitausschuss wird darauf geachtet, dass die ausgewählten Projekte die Grundsätze des Gendermainstreaming beachten.

Begleitausschuss (BGA)

Die Partnerschaft für Demokratie Friedrichshain-Kreuzberg wird durch einen Begleitausschuss fachlich begleitet und unterstützt, um das Handlungskonzept in seinen einzelnen Aspekten umsetzen zu können. Der Begleitausschuss setzt sich neben Vertreter*innen aus verschiedenen relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung und lokalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft zusammen.

Der Begleitausschuss fungiert als strategisch handelndes, zentrales Gremium bei der Umsetzung der lokalen Partnerschaft für Demokratie und trifft sich mindestens einmal im Quartal, um das aktuelle Geschehen (u. a. regionale Konflikte und Problemlagen) zu besprechen. Der Begleitausschuss legt jedes Jahr zu Beginn die Modalitäten für den Aktions- und Initiativfonds fest, u. a. die maximale Höhe der bewilligten Projekte, die konkreten Inhalte der Ausschreibung und die Auswahlkriterien für die Förderung der Einzelprojekte. Die Mitglieder des Begleitausschusses fungieren darüber hinaus stets als Multiplikator*innen, indem sie wichtige Informationen in ihren eigenen Netzwerken verbreiten. Darüber hinaus wird darauf geachtet, dass die stimmberechtigten Sitze im BGA repräsentativ an Vertreter*innen der Zielgruppen dieses Handlungskonzeptes vergeben werden. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass die Interessen und die Vielfalt der im Bezirk vertretenen Menschen in die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie einfließen und ihnen eine Teilhabe ermöglicht werden kann.

Externe Koordinierungs- und Fachstelle (KUF)

Die Externe Koordinierungs- und Fachstelle ist für die Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit dem Begleitausschuss, für die Beratung, Betreuung und Begleitung der durch den Aktions- und Initiativfonds geförderten Projekte sowie für die Öffentlichkeitsarbeit der Partnerschaft für Demokratie zuständig. Das federführende Amt (Integrationsbeauftragte von Friedrichshain-Kreuzberg) und die Koordinierungs- und Fachstelle sind regelmäßig im Austausch miteinander.

Demokratiekonferenzen

Es finden Demokratiekonferenzen statt, zu denen alle Netzwerkakteur*innen (Träger, Externe Koordinierungs- und Fachstelle, Jugendforum, Mitglieder des Begleitausschusses, Vertreter*innen von öffentlichen Einrichtungen, Sozialraum- und Arbeitsgemeinschaften, Verantwortliche aus Politik und Verwaltung) eingeladen werden, um gemeinsam und partizipativ Stand, Ziele und Ausrichtung der weiteren Arbeit in der Partnerschaft für Demokratie zu reflektieren und zu bestimmen. So ist immer ein Transfer aktueller regionaler Themen in die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie gewährleistet.

Jugendfond

Mit den Mitteln des Jugendfonds werden sich empowernde Kinder- und Jugendgruppen gefördert, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen. Die Kinder- und Jugendlichen entscheiden gemeinschaftlich über die Nutzung der Gelder.

Informationen für die Öffentlichkeit

Über unterschiedliche Verteiler, durch Flyer und persönliche Einladungen wird die Öffentlichkeit über neue Informationen unterrichtet und zu Veranstaltungen eingeladen. Ebenso wird dieses Handlungskonzept als Broschüre in verschiedene Sprachen übersetzt und der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

